

Stahl, Gerhard

Article — Digitized Version

Gibt es eine europäische Antwort auf die Beschäftigungskrise?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stahl, Gerhard (1994) : Gibt es eine europäische Antwort auf die Beschäftigungskrise?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 3, pp. 146-150

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137106>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gerhard Stahl

Gibt es eine europäische Antwort auf die Beschäftigungskrise?

In den westlichen Industriestaaten sind die Massenarbeitslosigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zum beherrschenden politischen Thema geworden. Die EG-Kommission hat hierzu kürzlich im Auftrag der Regierungschefs ein Weißbuch vorgelegt, in dem eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung aufgezeigt wird. Wie sind die Vorschläge der Kommission zu bewerten?

Während in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) in den 70er Jahren und zu Beginn der 80er Jahre Arbeitslosigkeit und Unterauslastung der Ressourcen herrschten, gelang es von 1986 bis 1990 das Wirtschaftswachstum deutlich zu erhöhen und rund 9 Mill. neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieser Erfolg wurde auch auf das 1986 beschlossene Programm zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 zurückgeführt¹. Das Binnenmarktprogramm wurde in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion als Antwort auf die europäische Wachstumsschwäche gesehen und war mit erheblichen Wachstumserwartungen verbunden worden².

Der deutliche Wirtschaftseinbruch in allen EU-Mitgliedstaaten seit 1992 und der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf die Rekordhöhen der ersten Hälfte der 80er Jahre waren daher nicht nur für die nationalen Regierungen eine Enttäuschung, sondern auch für die europäischen Institutionen. Besonders Kommissionspräsident Delors, einer der entscheidenden Architekten des EG-Binnenmarktprogrammes, sah in der Rezession eine Herausforderung für die europäische Politik. Bereits auf dem Europäischen Gipfel in Edinburgh im Dezember 1992 versuchte er die europäischen Regierungschefs von der Notwendigkeit abgestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs zu überzeugen. Der Europäische Rat konnte sich jedoch nur auf eine symbolische Geste einigen und beschloß, daß ergänzend zu der nationalen Politik auf Gemeinschaftsebene neue Darlehensfazilitäten von

5 Mrd. ECU zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten ermöglicht werden sollen.

Auf dem Gipfel in Kopenhagen im Juni 1993 gelang es Delors schließlich, die Wirtschaftskrise in den Mittelpunkt zu rücken. Er trug ein 8-Punkte-Programm mit Leitlinien für ein neues europäisches Wirtschaftsmodell vor. Dies führte dazu, daß die Regierungschefs die Kommission beauftragten, ein Weißbuch über eine mittelfristige Strategie für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung bis zum Dezember 1993 zu erstellen³.

Bei den Beratungen der folgenden Monate zur Vorbereitung des Weißbuches zeigten sich trotz vieler Gemeinsamkeiten auch wichtige Unterschiede in den nationalen wirtschaftspolitischen Konzepten zur Krisenbewältigung. Während die britische Regierung besonders auf die Notwendigkeit zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und auf zu hohe Lohnkosten verwies, betonte die französische Regierung auch die Risiken der Handelsliberalisierungen und verlangte eine Stärkung des handelspolitischen Instrumentariums der EU. Die Bundesregierung

¹ Das Binnenmarktprogramm 1992 umfaßt mehr als nur das Weißbuch der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes, KOM (85) 310 endg., Brüssel, vom 14. Juni 1985 mit den rund 300 Gesetzgebungsvorschlägen. Zur Verabschiedung des Programms 1992 gehörten auch die Verdoppelung des Strukturfonds als Ausgleich für die wirtschaftlich schwachen Regionen und die Einheitliche Europäische Akte vom 28. 2. 1986 mit der Einführung von Mehrheitsabstimmungen, die erst die Umsetzung des Weißbuchs möglich machten.

² Aus der sehr umfangreichen Literatur nur einige Titel: Paolo Cecchini: Europa 92 – Der Vorteil des Binnenmarktes, Baden-Baden 1988; A. Herrmann, W. Ochel, M. Wegner: Die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf die deutsche Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: ifo-Schnelldienst 5-6/1990; Paul de Grauwe: The 1992 European Integration-Program and Regional Development Policies, in: Jaime de Melo, André Sapir (Hrsg.): Trade Theory and Economic Reform, Cambridge 1991.

³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Weißbuch Teil A und B, Luxemburg 1993.

Gerhard Stahl, 44, Dipl.-Volkswirt, ist Leiter der Abteilung Europaangelegenheiten und Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein.

wies dagegen auf die Vorteile des internationalen Handels hin und verlangte einen „behutsamen Umgang mit den handelspolitischen Instrumenten der EU“ und eine Rückführung der Staatsquote. Die spanische Regierung unterstrich insbesondere die Notwendigkeit einer europäischen Strukturpolitik und einer staatlichen Unterstützung für Infrastrukturprogramme⁴.

Auch unter Wirtschaftswissenschaftlern verstärkten die EU-Beratungen das Interesse an einer europäischen Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Im Juli 1993 legten Wirtschaftswissenschaftler aus verschiedenen europäischen Ländern einen umfassenden Vorschlag für eine europäische Initiative vor, der auch die Ausarbeitung des Weißbuchs beeinflusste⁵.

Inhalt des Weißbuchs

Als Ergebnis dieser vielfältigen Beratungen legte die Kommission am 7. Dezember 1993 das Weißbuch als Diskussionsgrundlage und Aktionsplan für die EU, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner vor. Das Weißbuch geht von einer nüchternen Bestandsaufnahme aus:

□ Seit 20 Jahren ist die europäische Arbeitslosigkeit von Zyklus zu Zyklus stetig gestiegen;

□ die relative Position Europas hat sich gegenüber den USA und Japan verschlechtert bei

- der Beschäftigung,
- den Ausfuhrmarktanteilen,
- der Forschung und Entwicklung sowie
- der Entwicklung neuer Produkte.

Zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gibt es kein Allheilmittel. Vielmehr müssen die verschiedensten wirtschaftspolitischen Instrumente beschäftigungsfördernd eingesetzt werden⁶. Dazu entwirft das Weißbuch einen Aktionsplan, der in der Übersicht 1 tabellarisch dargestellt wird.

Die tabellarische Übersicht zeigt bereits, daß die EU nur für einen Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen zuständig ist. Folgende Schwerpunkte lassen sich für die nächsten Monate absehen:

⁴ Zu den unterschiedlichen nationalen Positionen vgl. Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Teil C, a. a. O.

⁵ Jaques Drèze, Edmond Malinvaud, Paul de Grauwe u. a.: Growth and Employment, The Scope of an European Initiative, Diskussionspapier vorgelegt im Juli 1993 in Paris und Louvain la-Neuve.

⁶ Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, a. a. O., S. 9-24.

**Übersicht 1
Aktionsplan des Weißbuchs**

Maßnahmen	Akteure			
	Europäische Union	Nationale Regierungen	Sozialpartner	Unternehmen
Optimale Gestaltung des Binnenmarktes (strategisches Programm)	*	+		
Entwicklung transeuropäischer Infrastrukturnetze für Verkehr, Energietransport, Telekommunikation	*	+		
Schaffung der Grundlagen einer Informationsgesellschaft	*	+		+
Verbesserung der Aus- und Fortbildung	+	*	+	+
Förderung von Forschung und Entwicklung (z.B. über das 4. EU Forschungsrahmenprogramm)	+	*		+
Förderung der Anpassung der kleinen und mittleren Unternehmen an den Binnenmarkt	+	*		+
Verbesserung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt (aktive Arbeitsmarktpolitik, flexible Arbeitszeitgestaltung, Teilzeitarbeit etc.)		*	+	+
Ein neues Entwicklungsmodell, welches die Nutzung von Ressourcen belastet und die Nutzung von Arbeitskräften entlastet (z.B. CO ₂ -Steuer, Verringerung der Lohnnebenkosten für ungelernte Arbeitnehmer)	+	*	+	+
Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen		*	+	+
Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, z.B. im kulturellen, sozialen und im Umweltbereich		*	+	+

* Grundsätzliche Zuständigkeit für Vorschlag und Durchführung der Maßnahmen. + Ergänzende und begleitende Verantwortung.

Quelle: Eigene Aufbereitung der Angaben des Weißbuchs zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

□ Die Einrichtung der Arbeitsgruppe Transeuropäische Netze. Diese Arbeitsgruppe wird unter Vorsitz des Kommissars Christophersen über die geplanten Infrastrukturmaßnahmen beraten. Im Weißbuch sind z.B. bereits 26 Verkehrsprojekte mit geschätzten Gesamtkosten von rund 82 Mrd. ECU einzeln aufgeführt (vgl. Übersicht 2). Eine Entscheidung über diese Projekte soll bereits im Juli erfolgen.

□ Die Einrichtung der Arbeitsgruppe Informationstechnologien. Diese Arbeitsgruppe von ca. 20 Experten, die vor allem aus der Industrie kommen, soll unter Vorsitz von EG-Kommissar Bangemann über den Ausbau der Informationstechnologie beraten. Im Weißbuch werden unter der Überschrift Informationsschnellstraße neun Telekommunikationsprojekte als prioritär angegeben, mit einem Investitionsvolumen bis 1999 von 67 Mrd. ECU (vgl. Übersicht 3).

□ Außerdem schlägt die Kommission noch acht Energietransportprojekte für 13 Mrd. ECU vor. Diese Projekte sollen den Elektrizitätsverbund zwischen den Mitgliedstaaten ausbauen und mit bestimmten Drittstaaten (wie z.B. Schweden, Polen, Schweiz, Marokko) neu einrichten bzw. erweitern. Ähnliche Projekte sind auch für die Verknüpfung nationaler Gasnetze vorgesehen. Für transeuropäische Umweltprojekte hat die EG-Kommission weitere 25 Mrd. ECU an Finanzhilfen vorgesehen. Diese Projekte betreffen die Erneuerung von Wasserversorgungssystemen, die Behandlung von städtischen Abwässern und Sanierungsmaßnahmen für Mittelmeer und Ostsee.

□ Die Finanzierung der transeuropäischen Verkehrs-, Informations- und Energienetze sowie der Umweltmaßnahmen soll zum Teil durch Mittel aus dem EU-Haushalt, zum Teil durch Darlehen der Europäischen Investitions-

Übersicht 2 Infrastruktur für das transeuropäische Verkehrsnetz (Vorläufiges Projektverzeichnis)

Projekt	Beteiligte Mitgliedstaaten	Geschätzte Gesamtkosten (in Mill. ECU)	Projekt	Beteiligte Mitgliedstaaten	Geschätzte Gesamtkosten (in Mill. ECU)
1. Brenner Transversale (Eisenbahn-Verbindung über die Alpen)	I (Ö) D	10 000	12. Autobahn Nürnberg-deutsch/tschechische Grenze-Prag	D/(Cz)	1 000
2. Hochgeschwindigkeitszug Paris-Brüssel-Köln-Amsterdam-London (PBKAL): Belgien	B	2 500	13. Autobahn Berlin-Warschau-polnisch/weißrussische Grenze (Moskau); Neubau	D/(PL)	3 200
3. + 4. Hochgeschwindigkeitszug Paris-Brüssel-Köln-Amsterdam-London	N UK	2 100 3 900	14. Autobahn Patras-Athen-Saloniki-griechisch/bulgarische Grenze	GR	1 500
5. Hochgeschwindigkeitszug Madrid-Barcelona-Perpignan	E/F	6 800	15. Autobahn Lissabon-Valladolid (französische Grenze)	P/E	2 000
6. Fehmarnbelt-Überquerung; feste Verbindung zwischen Dänemark und Deutschland; geschätzte Baukosten für den Tunnel/die Brücke; es ist noch zu entscheiden, ob ein Neubau oder ein Ausbau der Eisenbahnanschlussstrecke in Frage kommt (vorläufige Kostenschätzung: 2-4 Mrd.ECU)	DK/D	4 500	16. Durchgehende Straßenverbindung (Dublin-)Holyhead-Birmingham-Cambridge (Felixstowe/Harwich-[Benelux] in Abschnitten)	UK/IRL	100
7. Hochgeschwindigkeitszug Paris-Straßburg	F	4 000	17. Autobahn Bari-Brindisi-Otranto	I	1 000
8. Hochgeschwindigkeitszug Karlsruhe-Frankfurt-Berlin	D	8 500	18. Straßenverkehrsmanagement-System	EG	100
9. Eisenbahnverbindung Rotterdam Betuwe (-Köln-Frankfurt-Karlsruhe [Schweiz-Italien]) (Kostenschätzungen für die Strecke bis zur deutsch-schweizerischen Grenze: 9,6 Mrd.ECU)	N/D/(CH)/I	3 100	19. Neuer Athener Flughafen (Spata)	GR	2 000
10. Hochgeschwindigkeitszug Lyon-Turin/kombinierter Verkehr	F/I	6 200	20. Europäisches Luftverkehrsmanagement-System (CNS/ATM); dies umfaßt auch das Satellitensystem Inmarsat III Navigationsnutzlasten und das dazugehörige Bodensegment	EG	800
11. Stadtumgehungen für den kombinierten Verkehr sowie ausgewählte Projekte des kombinierten Verkehrs	D/F/I/E	2 300	21. Rhône-Rhein-Kanal	F	2 500
			22. Seine-Nord-Kanal	F	1 500
			23. Verbindungen zwischen Elbe und Oder; Binnenwasserstraßen	D	600
			24. Donau-Ausbau; Abschnitt zwischen Straubing und Vilshofen	D	700
			25. Schiffsverkehrsmanagementsystem für die Gewässer der Gemeinschaft	EG	1 000
			26. Satellitengestütztes multimodales Ortungssystem (MPSS)	D/F + ESA	1 000
Insgesamt					81 900

Quelle: EG-Kommission.

bank, durch noch zu beschließende Unions-Schuldverschreibungen und durch private Investoren erfolgen (vgl. Übersicht 4).

□ Die Vorlage des strategischen Programms zur optimalen Gestaltung des Binnenmarktes. Die Kommission wird in ihren Vorschlägen an Rat und Europäisches Parlament nicht nur die Entscheidung über die 17 noch ausstehenden Vorschläge des Binnenmarktweißbuches verlangen. Es werden auch Maßnahmen zur besseren Umsetzung in innerstaatliches Recht, zur Verwaltungszusammenarbeit und Vereinfachung sowie zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen vorgesehen. Die Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen umfassen z.B. Finanzierungshilfen, die Unterstützung bei der Teilnahme an öffentlichen Aufträgen und verbesserte Informationen über europäische Normen.

Außerdem wird die Kommission bis zum nächsten Gipfel im Juni 1994 in Korfu über die Maßnahmen einen Zwischenbericht erstellen, die auf nationaler Ebene zur Umsetzung des Aktionsplans getroffen wurden.

Bewertung der Kommissionsvorschläge

Bei dem Weißbuch handelt es sich um ein politisches Dokument und nicht um eine wirtschaftstheoretische Analyse. Dies zeigt bereits die politisch durchaus umstrittene Zielvorgabe, bis zum Ende des Jahrhunderts 15 Mill. Arbeitsplätze schaffen zu wollen⁷. Berücksichtigt man, daß es der EU in den 20 Jahren von 1970 bis 1990 nur gelungen ist, netto 8,8 Mill. Arbeitsplätze zu schaffen, dann wird erkennbar, daß es sich um eine sehr ehrgeizige Vorgabe handelt.

Auch im Analyseteil fallen einige Aussagen recht zugespitzt aus. Bewußt wird eine europäische Wettbewerbschwäche gegenüber den USA und Japan hervorgehoben. Detaillierte Untersuchungen zeigen jedoch auf, daß die internationale Wettbewerbssituation für einzelne Länder und für einzelne Branchen sehr unterschiedlich ist. Als Beispiel sei nur angeführt, daß der World Competitiveness Report, der die Einschätzung führender Wirtschaftsfachleute widerspiegelt, 1992 die Bundesrepublik nach Japan auf Platz 2 und die USA erst auf Platz 4 der Rangliste setzte⁸. Trotz dieser Differenzierungen muß der

⁷ Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, a. a. O., S. 12. Die Wirtschaftswoche beschreibt die politische Auseinandersetzung folgendermaßen: „Gemeinsam gegen die anderen attackierten Bundeskanzler Kohl und Premierminister John Major das Ziel des Weißbuchs, bis zur Jahrhundertwende 15 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

⁸ Eine umfassende Bewertung der Wettbewerbsposition wird in dem Projekt „The Future of Industry in Europe“ vorgenommen. Vgl. Kommission der EG: Synthesis Report (FINE Project) Brüssel, September 1993.

Kommission allerdings in der Einschätzung zugestimmt werden, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas verschlechtert hat.

Zu aktuellen Streitfragen, wie z. B. die wirtschaftlichen Auswirkungen der Hochzinspolitik der letzten Jahre oder die Ausgestaltung der Außenhandelspolitik, wird keine endgültige Stellung bezogen. Es werden besonders die Empfehlungen hervorgehoben, die eine Chance bieten, auch allgemein unterstützt zu werden, wie z.B. die Notwendigkeit eines flexibleren Arbeitsmarktes, einer Umstrukturierung des Steuer- und Abgabensystems zur Entla-

**Übersicht 3
Transeuropäische Telekommunikationsnetze
(Vorschläge)**

Bereich	Aktionsbereich für strategische Projekte	Erforderliche Investitionen Zeitraum 1994-1999 (in Mrd. ECU)
Moderne Verbundnetze	Errichtung des Kommunikationsnetzes mit großem Durchsatz	20
	Konsolidierung des digitalen diensteintegrierenden Netzes	15
Allgemeine elektronische Dienste	elektronische Informationsabfrage	1
	elektronische Post	1
	elektronische Bildkommunikation: interaktive Videodienste	10
Telematik-Anwendungen	Telearbeit	3
	Datenaustausch zwischen Behörden	7
	Fernunterricht	3
	Telematik im Medizinbereich	7
Insgesamt		67

Quelle: EG-Kommission.

**Übersicht 4
Finanzierung der transeuropäischen Netze**

	Zeitraum 1994-1999 (in Mrd. ECU)
I. Investitionsvolumen	187,0
II. Finanzierung durch	
a) die Europäische Union	
EU-Haushalt	31,8
EIB-Darlehen	40,2
Unions-Schuldverschreibungen	42,0
Wandelschuldverschreibungen	6,0
Insgesamt	120,0
b) private Investoren	67,0

Quelle: Eigene Berechnungen ausgehend von den Angaben der EG-Kommission.

stung bei den Lohnnebenkosten, verstärkte Aus- und Fortbildung und Infrastrukturmaßnahmen.

Das Weißbuch spiegelt in seinen allgemeinen wirtschaftlichen Empfehlungen einen Kompromiß zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und nationalen Positionen wider. Weder wird eine keynesianische Politik des konjunkturellen Gegensteuerns offen vertreten, noch wird neoklassisch auf die Selbstregulierung der Märkte vertraut.

Das Ausmaß der geplanten Infrastruktur-Maßnahmen und die vorgesehene schnelle Durchführung lassen den Schluß zu, daß die Kommission nicht nur Wachstumsförderung, sondern auch antizyklische Konjunkturstützung beabsichtigt.

Ist dies wirtschaftspolitisch vertretbar?

Die Ausdehnung der staatlichen Verschuldung, die mit der beabsichtigten Anleihefinanzierung verbunden ist, fällt so gering aus, daß sie die nach den Maastricht-Kriterien vorgesehene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte der Mitgliedstaaten nicht unterläuft. Trotz der hohen nationalen Defizite kommt die Kommission in dem Konvergenzbericht für die weitere Entwicklung nationaler Haushalte zusammenfassend zu einer eher beruhigen-

den Einschätzung: „Alles in allem besteht angesichts der anhaltenden Konsolidierungsbemühungen Grund zu der Annahme, daß die öffentlichen Defizite erheblich abgebaut werden, wenn die derzeitige Rezession überwunden ist und die Zinsen weiter fallen.“⁹

Bei Berücksichtigung deflatorischer Risiken für die EU durch eine gleichgerichtete nationale Wirtschaftspolitik der Kostendämpfung und Haushaltskonsolidierung sind nachfrage- und wachstumsfördernde Maßnahmen wirtschaftspolitisch durchaus angezeigt¹⁰.

Bei einem Leser, der einer Industriepolitik skeptisch gegenübersteht, könnten einige der Formulierungen Bedenken erzeugen. So betont die Kommission die Notwendigkeit

- einer Politik der aktiven industriellen Zusammenarbeit,
- der abgestimmten Vorgehensweise gegenüber strategischen Allianzen,
- der gezielten Markterschließung zugunsten europäischer Unternehmen¹¹.

Ob das Weißbuch den gewünschten Beitrag bei der Überwindung der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme leisten kann, wird sich auf zwei Feldern entscheiden. Erstens müssen die Umsetzung und Finanzierung der umfangreichen europäischen Infrastrukturprojekte geregelt werden. Die bereits bestehenden Meinungsunterschiede über die Notwendigkeit einer Euroanleihe zur Finanzierung zeigen, daß hier noch einige Hindernisse überwunden werden müssen¹². Zweitens muß in den EU-Mitgliedstaaten eine wirtschaftspolitische Diskussion geführt werden, welche die Regierungen und Sozialpartner auch zwingt, die notwendigen Strukturänderungen im Steuerrecht, bei den Arbeitsmarktregelungen sowie bei der Aus- und Fortbildung vorzunehmen. Das Weißbuch zeigt auf, daß diese Struktur Anpassungen erleichtert werden können, wenn es gelingt, abgestimmt nationale und europäische Anstrengungen zur Wachstumsförderung durchzuführen.

⁹ Vgl. Kommission der EG: Fortschritte bei der Konvergenz im Wirtschafts- und Währungsbereich, Brüssel, 8. Dezember 1993, S. 15.

¹⁰ Vgl. DIW-Wochenbericht 4/94 vom 27. Januar 1994, S. 54: „Letztlich muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß Null- oder Minusrunden bei den Nominallöhnen in Deutschland und wichtigen Ländern Europas – anders als moderate Abschlüsse in der Vergangenheit – dem Ziel der Preisstabilität nicht mehr dienlich sind, sondern die große Gefahr deflationischer Entwicklungen mit sich bringen.“

¹¹ Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung, a. a. O., S. 67 ff. Zu unterschiedlichen Ansichten zur europäischen Industriepolitik vgl. Europäische Industriepolitik, in: ifo-Schnelldienst 17-18/1993; Claus-Friedrich Laaser, Rüdiger Soltwedel u. a.: Europäische Integration und nationale Wirtschaftspolitik, Kiel 1993, S. 57 ff.; Ignacio Ramonet, Claude Julien u. a.: Les frontieres de l'économie globale, in: le monde diplomatique, Mai 1993, S. 6-15.

¹² Die Wirtschaftswoche vom 17. 12. 1993 berichtet z.B. auf S. 18 über die deutsch-britische Allianz gegen die Vorschläge der Kommission zur Anleihefinanzierung. „Die deutsch-britische Abwehrfront aber, so vermuten EU-Diplomaten, wird nicht zu knacken sein.“

Claudia Woerz

Die Deregulierung der US-amerikanischen Sparkassen

Ursachen und Folgen der Krise der Savings and Loan Associations

1994, 166 S., brosch., 56,- DM, 395,- öS, 51,- sFr, ISBN 3-7890-3128-3
(Studien zum Bank- und Börsenrecht, Bd. 18)



Nomos Verlagsgesellschaft • Postfach 610 • 76484 Baden-Baden

